

grh Mitteilungen ¹/₁₆

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Tel./Fax: 030 2978 4225 ★ E-Mail: verein@grh-ev.org
Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und Donnerstag 09⁰⁰ bis 16⁰⁰ Uhr
Konto bei Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB
Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

Der Vorstand der GRH und die Redaktion der „Mitteilungen“ bedanken sich für die Grüße und guten Wünsche zum Jahreswechsel und wünschen allen Mitgliedern und Sympathisanten stabile Gesundheit und Standhaftigkeit im gemeinsamen Kampf 2016.

Liebe Mitglieder und Freunde der GRH,

zunächst danke ich allen für die ideenreiche und engagierte Arbeit zur Verwirklichung der Ziele und Aufgaben unserer GRH im Jahre 2015. Danke für die zahlreichen Grüße und guten Wünsche, die uns zum Jahreswechsel erreichten. Wir stimmen sicher überein, dass es allerdings nicht leicht ist, angesichts der Situation in vielen Teilen der Welt und auch in Deutschland einen optimistischen Rückblick und hoffnungsvollen Ausblick auf das Jahr 2016 zu halten. Weltweite Kriege mit Millionen Toten, Verwundeten, Hungernden und Flüchtenden sowie Terrorismus und Umweltkatastrophen bestimmen zunehmend unser Leben. Und Deutschland ist nicht nur davon betroffen, sondern trägt für diese Zustände Mitverantwortung.

Viele unserer Freunde leiden unter krankheits- und altersbedingten Problemen, können deshalb am gesellschaftlichen Leben nicht mehr aktiv teilnehmen. Mancher Mitstreiter hat uns im vergangenen Jahr für immer verlassen.

Unverändert werden wir wegen unserer Treue zur sozialistischen DDR ausgegrenzt, diffamiert und sozial abgestraft. Ostdeutschland ist weiterhin rückständiges Entwicklungsgebiet mit ungleichen Arbeits- und Lebensverhältnissen.

Seit einem Vierteljahrhundert staatlicher Einheit betreibt Deutschland eine Politik, die dem äußeren und dem inneren Frieden entgegen steht. Und eine Änderung dieser Politik ist nicht in Sicht. Die Lage hat sich also eher verschlechtert als verbessert. Und trotzdem! Oder richtiger, gerade weil die Zustände so sind, sind wir aufgerufen, solidarisch noch enger zusammen zu rücken und nach Kräften und Möglichkeiten für andere Verhältnisse zu streiten. Die Festigung der Einheit aller fortschrittlichen und linken Kräfte ist dabei unabdingbar. Unsere begründe-

te Überzeugung, dass nur eine sozialistische Zukunft eine echte Alternative zum heutigen Kapitalismus darstellt, bestärkt und motiviert uns in diesem gerechten Kampf. Erfahrungen im friedlichen, sicheren und menschlichen Deutschland, der DDR, über die viele von uns verfügen, befähigen und verpflichten uns zugleich, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen. Eine große Anzahl unserer Mitglieder hat in verantwortlichen Positionen, in den Schutz-, Sicherheits- und Justizorganen, in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Sport und anderen Bereichen, dazu beigetragen, dass die DDR ein geachteter und hochentwickelter Friedensstaat war. Diese Erfahrungen wachzuhalten und in die aktuellen Kämpfe einzubringen, muss unser vorrangiges Anliegen sein.

Streiten wir auch im Neuen Jahr für Wahrheit und Gerechtigkeit, für Frieden und Fortschritt. Dazu wünsche ich allen unseren Freunden und Sympathisanten und ihren Familien Gesundheit, Kraft und Optimismus.

Euer Hans Bauer

**Aus der Zeitung „Berliner Anstoß“ der DKP
Berlin vom Dezember 2015:**

Der antikommunistische "Rechtsstaat"

In mehreren Ausgaben des *Berliner Anstoß* haben wir über eine Strafanzeige von Prof. Dr. Siegfried Mechler und Vera Dehle-Thälmann gegen den Springer-Journalisten G. Schupelius wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Ernst Thälmanns berichtet. Anlass der Anzeige war ein Kommentar in der B.Z. vom 10.04.2015, in dem der Linkspartei wegen einer angestrebten Straßenumbenennung "Alt-Friedrichsfelde" in "Straße der Befreiung" in Lichtenberg u.a. vorgeworfen wurde, sie habe "offenbar den Terror der Roten Armee und

ihrer Handlanger in Deutschland vergessen". Ein wirklicher Akt der Befreiung sei die Umbenennung der mehr als 600 Straßen im Osten, "denn Thälmann war KPD-Chef und wollte Deutschland in eine kommunistische Gewaltherrschaft verwandeln".

Mit Rechtsanwalt Hans Bauer, der die Anzeigerstatter vertrat, sprach Renate Schönfeld.

Anstoß: Zu welchem Ergebnis hat die Strafanzeige geführt?

RA Bauer: Beide Verfahren wurden von der Berliner Staatsanwaltschaft eingestellt. Auch die Beschwerde gegen die Nichtverfolgung der Verunglimpfung des Andenkens an Thälmann bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin blieb erfolglos.

Anstoß: Mit welchen Begründungen?

RA Bauer: Der Sachverhalt erfülle nicht den Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 StGB. Weder die Rote Armee noch die Partei die Linke sei eine "von der übrigen Bevölkerung unterscheidbare inländische Bevölkerungsgruppe". Nach der herrschenden Rechtsprechung können hetzerische Äußerungen, wie hier die Behauptung von angeblichem Terror der Sowjetarmee nach der Befreiung Berlins, ohne Folgen öffentlich verbreitet werden. Da kann es m.E. nicht verwundern, wenn sich Täter ermutigt fühlen, sowjetische Gedenkstätten zu schänden, wie jüngst das Treptower Ehrenmal.

Anstoß: Und warum darf der von den Faschisten ermordete Thälmann straflos beleidigt werden?

RA Bauer: Die Begründung ist aus meiner Sicht eine eindeutig politische, keine juristische. Ein Verstoß gegen § 189 StGB (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener) erfordert eine "grobe und schwerwiegende Herabsetzung des Verstorbenen". Wenn der Vorwurf, in einem Lande eine "Gewaltherrschaft" errichten zu wollen, nicht besonders schwerwiegend ist, dann fragt man sich, welches schlimmeres Verbrechen man begehen kann! Das Strafgesetzbuch schützt gerade Opfer einer Gewaltherrschaft in besonderer Weise, indem hier auch ohne Strafantrag verfolgt werden kann. Ausdrücklich Thälmann wird dieser Schutz verweigert. Das ist mehr als fragwürdig. Das Argument der Staatsanwälte, die Äußerung beziehe sich auf Thälmanns Zugehörigkeit und Führungsrolle in der KP, und dass deren Tätigkeit während des Faschismus Gegenstand öffentlicher Diskussion und Debatte sei, überzeugt überhaupt nicht. Es bedient letztlich jene, die den Widerstand der Kommunisten gegen den Faschismus schmälern und sogar leugnen wollen. Und die Generalstaatsanwaltschaft konstruiert in ihrer Begründung einen Einfluss der KPdSU auf die KPD auch in personellen Entscheidungen und schlussfolgert daraus, dass in Deutschland sowjetische Verhältnisse angestrebt wurden.

Mit all diesen Vermutungen und Unterstellungen

bewege sich der B.Z.-Kommentar im von der Pressefreiheit geschützten Bereich.

Anstoß: Und deshalb liegt keine Straftat vor!

RA Bauer: Richtig. Die Äußerungen des Journalisten gehörten zur vom Grundgesetz geschützten Presse- und Meinungsfreiheit. Allerdings misst die Justiz mit zweierlei Maß. Ich erinnere an das Strafverfahren gegen Wolfgang Schmidt, der Burianek (1952 wegen schwerer terroristischer Handlungen vom OG der DDR zum Tode verurteilt und von LG Berlin 2005 rehabilitiert) im Internet als „Bandit“ und „Anführer einer terroristischen Vereinigung“ bezeichnet hatte. Auf Anzeige von Knabe wurde flugs alles in Bewegung gesetzt, um W. Schmidt wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu verfolgen und zu bestrafen. Mehrere Instanzen haben die Verurteilung bestätigt. Über eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht ist noch nicht entschieden. In diesem Verfahren spielte das "hohe Gut" der Meinungsfreiheit offenbar keine Rolle. Wenn das keine politisch motivierten Entscheidungen sind!

Wortmeldung der TAG Marzahn

Am 26. November 2015 führten wir unsere jährliche Mitgliederversammlung durch. Unsere Arbeit im Jahr 2015 wurde analysiert und Schlußfolgerungen für die Aktivitäten in den nächsten Monaten gezogen.

Wir konnten einschätzen, dass wir uns als Widerstands-, Solidar- und Opfergemeinschaft bewährt haben, obwohl die Bedingungen für unser Wirken komplizierter geworden sind. Der politische Druck auf uns hat ständig zugenommen. Die Angriffe wurden im 25. Jahr des Anschlusses der DDR an die BRD weiter forciert und immer neue Unwahrheiten über das Leben in der DDR verbreitet. Gezielt werden insbesondere ehemalige Funktionsträger der DDR und hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS diffamiert. Die politische und soziale Ausgrenzung wird fortgesetzt und durch Berufsverbot und Strafrente gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes der BRD verstoßen.

Durch das fortschreitende Alter und gesundheitliche Probleme ist die Mitwirkung vieler Mitglieder unserer TAG bei der Umsetzung unserer Aufgaben eingeschränkt. Dennoch konnten wir feststellen, dass sie sich nach besten Kräften politisch engagieren. Das kommt zum Ausdruck durch die Teilnahme an zentralen Veranstaltungen der GRH, bei der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung und Durchführung eigener Aktivitäten zur Würdigung historischer Jahrestage, wie des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, des 66. Jahrestages der Gründung der DDR, des 65. Jahrestages der Bildung des MfS und des 25. Jahrestages der Eingliederung

der DDR in die BRD. Es zeigt sich auch bei der Zahlung des Mitgliedsbeitrages und der Spenden, die durch Zahlungen von Sympathisanten, die damit ihre solidarische Haltung zu unsere TAG bekunden, wesentlich erhöht worden sind.

Für 2016 steht für uns im Mittelpunkt, jedem sichtbar zu machen, dass es keine Alternative zur Erhaltung des Friedens gibt. Bertolt Brechts Worte „Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Frieden ist kein Geschenk“ finden sich in zahlreichen Willensbekundungen und Aufrufen von Menschen und Organisationen wieder, die mit uns Seite an Seite kämpfen.

Wir werden unsere politische Wirkung nach außen noch stärker sichtbar und wirksam machen. Mitglieder unserer TAG arbeiten zusätzlich in Arbeitsgruppen der GRH, bei ISOR, Rotfuchs, der Partei DIE LINKE und anderen Partnern des linken Spektrums mit, sind an Publikationen zur wirklichkeitsgetreuen Darstellung des Lebens in der DDR beteiligt und nehmen an öffentlichen Veranstaltungen im Stadtbezirk und darüber hinaus teil.

Unser Bekenntnis zeigen wir auf der Demonstration zu Ehren Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs am 10. Januar 2016, aber auch beim Kampf gegen Umtriebe der Nazis in unserer Umgebung.

Der Forderung „Solidarität ist unsere Stärke“ geben wir Gestalt in Form der Betreuungsarbeit in unserer TAG. Jeder wird gebraucht und jeder bekommt Hilfe, der sie benötigt. Das schließt persönliche Kontakte und auch finanzielle Unterstützung ein. Dazu gehört auch, dass die Mitglieder unserer TAG durch zusätzliche Spenden erneut den Jahresbeitrag für Kurt Stand aufgebracht haben.

Organisatorisch sind wir gut aufgestellt, müssen aber versuchen, jüngere Menschen zu finden, die ihre Kraft in den Dienst zur Erreichung unserer gemeinsamen Ziele stellen.

Für mich war es sehr erfreulich, aber auch folgerichtig, dass ich mit 66 Jahren in die neue Leitung der TAG Marzahn gewählt wurde und mir langjährig verdienstvolle Genossen das Vertrauen ausgesprochen haben, ihre Arbeit fortzusetzen. (Hans-Günter Schleife)

Empfehlung

Klaus Ullrich-Huhn dokumentiert in der vom Verein für Sport und Gesellschaft e.V. herausgegebenen Broschüre mit dem Titel „**Der endlose Politfeldzug gegen den DDR-Sport**“ Aktivitäten der BRD, um sportliche Triumphe der DDR zu verhindern. Er hat darin eigene Erfahrungen und Erlebnisse sowie Rechercheergebnisse aus Archiven zusammengefasst. Er zeigt unter anderem auf, wie Polizisten Skispringer der DDR in Oberstdorf von der Schanze holten, Favoriten um Medaillen betrogen, Visa verweigert,

Fahnen abgerissen wurden und Sportler im Knast landeten.

Die Broschüre kann zum Preis von 3,50 € in der Geschäftsstelle der GRH erworben bzw. bestellt werden. Bei Postversand erbitten wir zusätzlich um Erstattung der Portogebühr.

Wir gratulieren sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat Januar, insbesondere den folgenden Jubilaren, und wünschen ihnen beste Gesundheit, Kraft, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben.

zum 96. Geburtstag

Heinz Keßler, Berlin

zum 85. Geburtstag

Jochen Traut, Suhl

Günter Beckurts, Neubrandenburg

Erich Kossack, Stendal

zum 80. Geburtstag

Dr. Lothar Wellschmied, Berlin

Helga Krauß, Berlin

Harald Neubert, Friedersdorf

Klaus von Raussendorff, Bonn

Karlheinz Hofmann, Dresden

Horst Steeck, Falkensee

zum 75. Geburtstag

Werner Lüdicke, Berlin

Hannelore Wolff-Bandel, Berlin

Dr. Jeffrey Schevitz, Füssen

Manfred Labitzke, Bonn

Elke Lieberam, Leipzig

zum 70. Geburtstag

Klaus-Dieter Jäschke, Bernau

zum 60. Geburtstag

Karl Peter Moeglich, Wetzlar/Nauborn

Gabriele Fritsch, Lugau

Alle Jahre wieder

war es auch in der Vergangenheit üblich, dass Neujahrsansprachen gehalten wurden. Als in einem Sechstel des Erdballs die Gesicke der Völker von Atheisten gelenkt wurden, waren die Hauptinhalte der Botschaften die Erhaltung des Friedens, die Solidarität mit den ausgebeuteten und unterdrückten Völkern sowie den Kämpfern in den Befreiungsbewegungen, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen und die Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Auch 2015 wurden anlässlich Weihnachten und Neujahr Botschaften des Staatsoberhauptes und der Kanzlerin übermittelt. Damit jeder auch mitbekommt, was ihnen zu sagen wichtig sei, wurden die Botschaften in den ersten, zweiten und dritten Programmen des Staatsfernsehens mehrfach wiederholt. Letztendlich ging es dabei vor allem darum, die mit dem Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern

verbundenen Probleme in den Griff zu bekommen und lauthals zu verkünden: „Wir schaffen das.“ Da waren die Botschaften des jetzigen Papstes durchaus von anderer Güte. Er nannte die Ursachen von Flucht und Vertreibung beim Namen, forderte dazu auf, Krieg und Terror zu beenden, Hass, Hunger, Armut, Not und Elend zu beseitigen, prangerte die Verschwendungssucht an und setzte sich nachhaltig für den Schutz der Umwelt ein. Da könnten sich Herr Gauck und Frau Merkel eine Scheibe abschneiden. (Dieter Stiebert)

Buchpremiere in der jW-Ladengalerie

Am Donnerstag, 21. Januar 2016, 19.00 Uhr, stellen in der Ladengalerie der jungen Welt Herausgeber und Autoren das Buch

„Unbequeme Zeitzeugen II. wir geben keine Ruhe“

vor. Die Moderation hat der Verleger Frank Schumann übernommen. Es wird empfohlen, in der Ladengalerie die Teilnahme anzumelden:

(030/53 63 55-56 oder redaktion@jungewelt.de)

Dr. Manfred Hummitzsch

Ein Leben für die DDR

Als wir ihn vor einigen Tagen am Krankenbett besuchten, befürchteten wir bereits, dass es ein Abschied für immer sein könnte. Und trotzdem sprachen wir über die Zukunft, über seine und über die unseres gemeinsamen weiteren Kampfes. Die Befürchtung hat sich leider bestätigt: Manfred verstarb am 23. Dezember. Nach einem erfüllten Leben für die Sicherheit und die Verteidigung unseres Landes. In hoher Verantwortung in den Sicherheitsorganen der DDR trug Manfred entscheidend dazu bei, dass Angriffe unserer Gegner wirkungslos blieben. In den schweren Monaten unseres Rückzuges hatte er maßgeblichen Anteil, dass die gesellschaftlichen Veränderungen in Leipzig friedlich verliefen. Gemeinsam mit ihm berieten wir Anfang der 1990-er Jahre, wie wir den Widerstand gegen Rache und Abrechnung organisieren können. Und wie wir uns gegen Kriminalisierung und Diffamierung der DDR wehren müssen. Manfred war Mitbegründer und langjähriges Vorstandsmitglied der GRH. Verantwortlich für die innere Organisation, die Verbindung zur Basis und regelmäßige Postzustellung, erfüllte er bis vor wenigen Monaten seine "Pflichten" gewissenhaft. Keine Aufgabe war ihm, dem hochgeachteten und -geehrten Generalleutnant a.D., zu gering. Zu den Lügen über geplante Gewaltanwendungen in Leipzig, von einem ehemaligen Bundespräsidenten verbreitet, nahm Manfred öffentlich Stellung.

Als Kommunist war Manfred vorbildlich. Klar und konsequent in seiner Überzeugung, bescheiden in

seinem Lebensstil, verständnisvoll und feinfühlig im Umgang miteinander. Und er war humorvoll, gesellig und steckte voller Anekdoten.

Unser langjähriger Freund und Genosse lebt nicht mehr. Wir trauern um ihn, und werden uns seiner erinnern, wenn wir in seinem Sinne den Kampf um Wahrheit, Gerechtigkeit und Fortschritt fortsetzen. (Hans Bauer, Günter Seidel).

Harry Beutner

Ein Soldat des Volkes - Standhaft und aufrichtig

Die höchsten Anforderungen stellte er an sich selbst. Als Kommandeur einer Einheit der Grenztruppen der DDR galt über Jahrzehnte seine ganze Kraft dem Schutz der Staatsgrenze unseres Landes. So wie es Verfassung und militärischer Eid von ihm verlangten. Mit der Annexion der DDR verteidigte er Ehre und Würde der Grenztruppen gegen Kriminalisierung und Diffamierung. In der GRH stellte sich Harry mit an die Spitze des Widerstandes und der Aufklärung. Als Vorsitzender der TAG Suhl leistete er beispielhafte Arbeit. Er mobilisierte Mitstreiter und initiierte Aktivitäten - weit über seine Region hinaus. Besonders am Herzen lag ihm die Verbreitung der Wahrheit über die friedenserhaltende Verantwortung der Grenzer und die Sicherung der finanziellen Grundlagen unserer Organisation durch Spendenaufkommen. Unerbittlich gegenüber Wendehälsen und Drückebergern, unversöhnlich gegenüber unseren Feinden, das war Oberst a.D. Harry Beutner, ein wahrer Soldat des Volkes. Standhaft und aufrichtig, kämpfend bis zuletzt.

Harry verstarb am 26. Dezember. Sein Wort und seine Tat werden uns fehlen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Ehrendes Gedenken unseren verstorbenen Mitgliedern

Dieter Haase aus Dresden

Er verstarb am 29. November 2015
im Alter von 84 Jahren

Hans-Jochen Hellmann aus Berlin

Er verstarb am 13. Dezember 2015
im Alter von 86 Jahren

Dr. Manfred Hummitzsch aus Berlin

Er verstarb am 23. Dezember 2015
im Alter von 86 Jahren

Harry Beutner aus Suhl

Er verstarb am 26. Dezember 2015
im Alter von 85 Jahren

Unser Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen

Der Vorstand, TAG Dresden, Hellersdorf,
Suhl